

N i e d e r s c h r i f t

über die Sondersitzung des Rates des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 29.09.2011
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 17:04 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Karl-Heinz Göbel bis 17:40 Uhr
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Karl König
Herr Reinhard Ockel bis 17:40 Uhr
Herr Harald Schlee
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion PETO

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang
Frau Janne Oberdieck
Herr Andreas Piana
Herr Lucas Risse
Herr Jens Timmermann
Herr Sven Timmermann

Mitglieder der SPD-Fraktion

Frau Petra Arend-Karl
Herr Alaattin Bayrak
Herr Werner Goller
Herr Roland Gunia
Herr Thomas Heinen
Herr Helmut Nieswand
Frau Ursula Schlöber

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

Frau Andrea Stamm

Herr Dr. Norbert Stapper

bis 17:40 Uhr

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

parteilos

Frau Lilo Friedrich

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Frau Annette Berg

Herr Martin Frömmer

Herr Max Herrmann

Herr Kurt Hundenborn

Herr Guido Krämer

Herr Edgar Lenz

Herr Roland Liebermann

Herr Michael Lobe

Herr Dietmar Marx

Herr Georg Thomanek

Herr Uwe Trost

Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Robert Helpenstell

Herr Bruno Kosmala

Mitglieder der Fraktion PETO

Frau Lisa Riedel

Herr Max Riedel

Herr Michael Strauss

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Alexander Schumacher

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier

von der Verwaltung

Frau Gisela Herforth

Frau Marion Warden

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes VIII/0692
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Bürgerbegehren mit der Fragestellung: "Soll die Lise-Meitner-Realschule (LMR) am Berliner Ring in ihrer jetzigen Schulform als eigenständige Realschule erhalten bleiben?" VIII/0688/1
5. Mündliche Mitteilungen
- 5.1. Einladung zur Besichtigung des Chemieparks in Dormagen am 19.10.2011
6. Mündliche Anfragen

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die Sondersitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass sich folgende Ratsmitglieder entschuldigt haben: Herr Robert Helpenstell und Herr Bruno Kosmala von der CDU-Fraktion, Frau Lisa Riedel, Herr Max Riedel und Herr Michael Strauss von der PETO-Fraktion, Herr Alexander Schumacher von der SPD-Fraktion und Herr Benjamin Kenzler - Linke -.

Herr Dr. Stapper - B90/Die Grünen - meldet sich mit einem Geschäftsordnungsantrag. Er erklärt, bevor er seinen Antrag konkretisiere, wolle er zunächst zwei Fragen beantwortet wissen:

- War der Verwaltung bekannt, dass für heute um 18:30 Uhr eine Sondersitzung des Kreistages anberaumt wurde, der noch eine Feierstunde für den verstorbenen Kreiskämmerer Peter Herweg vorgeschaltet wurde?

Die drei Ratsmitglieder, die gleichfalls ein Mandat im Kreistag inne hätten, wollten selbstverständlich an den vorgenannten Veranstaltungen des Kreises teilnehmen.

- Kann die Abwesenheit der drei Ratsmitglieder sich negativ auf die heutige Beschlussfassung auswirken? Kann der Beschluss ggf. anfechtbar werden?

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Termin der heutigen Sitzung des Kreistages nachträglich in den Sitzungskalender des Kreises aufgenommen wurde. Er bedauere die Terminkollision. Die Abwesenheit der drei Ratsmitglieder stelle kein rechtliches Hindernis für die heutige Beschlussfassung dar, da die Beschlussfähigkeit weiterhin gegeben sei.

Im Anschluss an diese Ausführungen erklärt Herr Dr. Stapper - B90/Die Grünen-, dass er keinen Geschäftsordnungsantrag mit dem Ziel auf Vertagung des Tagesordnungspunktes stellen werde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass in der im Anschluss dieser Ratssitzung stattfindenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine Dringlichkeitsentscheidung zur Einführung eines "SozialTickets" im VRR als Pilotprojekt zu treffen sei. Über diese Vorlage könne auch in dieser Ratssitzung beraten werden.

Der Rat spricht sich für die Beibehaltung der geplanten Beratung im Haupt- und Finanzausschuss aus.

2 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes **Vorlage: VIII/0692**

Nachdem sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, bittet der Bürgermeister Frau Petra Arend-Karl - SPD - nach vorne und verpflichtet sie in feierlicher Form durch das Nachsprechen folgender Formel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde."

Der Bürgermeister und die Ratsmitglieder gratulieren Frau Arend-Karl zu ihrer Verpflichtung als Ratsmitglied.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

Bürgerbegehren mit der Fragestellung: "Soll die Lise-Meitner-Realschule (LMR) am Berliner Ring in ihrer jetzigen Schulform als eigenständige Realschule erhalten bleiben?"

Vorlage: VIII/0688/1

Der Bürgermeister erläutert eingehend die Vorlage und erklärt, dass in der Gemeindeordnung vorgesehen sei, dass die Vertreter des Bürgerbegehrens ihren Antrag zu erläutern. Er erteilt dafür Herrn Wilk von der Bürgerinitiative das Wort.

Herr Wilk ruft eingangs zur Sachlichkeit in der Diskussion über das Thema „Erhalt der Realschule“ auf. Anschließend nimmt er eingehend zu dem Bürgerbegehren Stellung. So seien bei der Auswertung des Elternfragebogens nach Meinung der Bürgerinitiative methodische Fehler gemacht worden, da zu den Fragen 3 und 4 unterschiedliche Auswertungskriterien angelegt wurden. Auch sei die Situation der Schüler an der Lise-Meitner-Realschule ungeklärt, weil für den Transformationsprozess bzw. das Changemanagement kein Konsens der Beteiligten vorliege.

Abschließend schlägt er eine Wendung im Prozess des Bürgerbegehrens vor, die einen Bürgerentscheid nicht zwingend notwendig machen würde. Dafür stelle er heute für die Initiative „Erhalt der Lise-Meitner-Realschule“ folgenden Antrag:

Der Rat solle der Verwaltung den Auftrag erteilen, kurzfristig neue Ideen und Denkmuster zu entwickeln und die heutige Beschlussfassung solle in Abstimmung mit der Bürgerinitiative dafür drei Wochen ausgesetzt werden. Als Begründung führt er aus, dass alle Beteiligten nochmals an einem runden Tisch vernünftige Konzepte entwickeln und ausarbeiten sollen, um einen Konsens aller Beteiligten zu erreichen. Die Abwicklung hierüber solle über einen zivilrechtlichen Vertrag erfolgen.

Abschließend stellt Herr Wilk fest, dass eine neue Schullandschaft für Monheim nur erfolgreich konzipiert werden könne, wenn alle Beteiligten mitmachen und eine neue Schulstruktur im Konsens aller entwickelt werde.

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach, wie mit dem Antrag der Bürgerinitiative die Abstimmung des Bürgerbegehrens für drei Wochen auszusetzen, verfahrenstechnisch umzugehen sei. Stelle dieser einen förmlichen Antrag dar, über den heute abzustimmen sei?

Der Bürgermeister antwortet dazu, dass das nicht der Fall sei. Heute sei zu entscheiden, ob der Rat dem Bürgerbegehren beitrete oder dieses ablehne. Der Beitritt zu dem Bürgerbegehren habe entweder vorbehaltlos zu erfolgen oder man schließe sich der Fragestellung des Bürgerbegehrens nicht an.

Für den Kompromiss, der von der Bürgerinitiative jetzt mit dem Rat ausgehandelt werden solle, gäbe es auch keine Grundlage, da zwischenzeitlich eine Schulentwicklungsplanung in Gang gesetzt wurde, die zu der klaren Erkenntnis geführt habe, dass die Mehrheit der Eltern der Grundschüler der dritten und vierten Klassen eine Sekundarschule wünschen würden. Da es um die zukünftige Schulentwicklung gehe und die Elternmehrheit sich für eine Sekundarschule ausgesprochen habe, sähe er nicht die Notwendigkeit heute noch über Änderungen zu verhandeln.

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf die Äußerungen von Herrn Wilk, dass eine Schulentwicklung im Konsens aller Beteiligten erzielt werden müsse und weist darauf hin, dass über einen langen Zeitraum wiederholt Angebote an die Realschule gemacht worden seien, den Prozess gemeinsam zu gestalten. Es wurde um Mitarbeit der Lehrerinnen und Lehrer der Realschule in der pädagogischen Arbeitsgruppe geworben. Allerdings sei eine Einbindung der Realschule in den Prozess nicht gelungen. Ein Konsens sei so nicht zu erzielen.

Im Anschluss an seine Ausführungen erteilt der Bürgermeister den Sprechern der Fraktionen das Wort.

Der Sprecher der PETO-Fraktion stellt die Position seiner Fraktion zu dem zukünftigen Schulentwicklungsprozess dar und hält fest, dass aufgrund der durchgeführten Elternbefragung ein eindeutiges Votum für die Einführung einer Sekundarschule vorläge. Er erklärt, dass seine Fraktion aus diesen Gründen dem Bürgerbegehren nicht zustimmen werde. Abschließend dankt er dem Vertreter der Bürgerinitiative für die Aufforderung zur Sachlichkeit in der Diskussion.

Die Ratsmitglieder Herr Dr. Stapper - B90/Die Grünen -, Herr Göbel und Herr Ockel - CDU - verlassen die Sitzung, um an der Sitzung des Kreistages teilzunehmen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bedankt sich eingangs bei Herrn Wilk für die moderaten Worte. Er stellt die Position seiner Fraktion zu der zukünftigen Schulentwicklungsplanung dar. Größtes Ziel müsse sein, die Zukunft der Monheimer Schüler im Konsens aller Beteiligten zu erzielen. Das sei nur dann möglich, wenn die Realschule ihr Verhalten ändere. Eine Transformation beider Schultypen - Realschule und Sekundarschule - sei möglich, wenn der Wille dazu gegeben sei. Auch die Haltung der CDU-Fraktion zu der zukünftigen Schulentwicklung in der Stadt Monheim, die eindeutig dem im Landtag geschlossenen Schulkonsens widerspräche, machten oder hätten Konsensgespräche unmöglich gemacht. Abschließend erklärt er, dass auch seine Fraktion dem Bürgerbegehren nicht beitreten, sondern der Beschlussempfehlung der Verwaltung folgen werde.

Aufgrund eines Zwischenrufes von Ratsherrn Bosbach - CDU - ruft der Bürgermeister zur Ruhe auf und bittet um sachliche Diskussion.

Die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen spricht den Initiatoren des Bürgerbegehrens ihren Respekt und der Realschule ihre Anerkennung für die jahrelange gute Arbeit aus. In ihren weiteren Ausführungen zählt sie die Vorteile der Sekundarschule für die Monheimer Schüler auf, die ihre Fraktion dazu bewege, dem Bürgerbegehren nicht zuzustimmen. Sie weist noch auf das überzeugende Ergebnis der Elternbefragung zugunsten einer Sekundarschule hin. Dies sei umso bemerkenswerter, als es sich um eine noch nicht existierende Schulform handle.

Der Sprecher der FDP-Fraktion weist eingangs auch auf die in der Vergangenheit gute Zusammenarbeit mit der Realschule hin. Anschließend listet er die Fakten auf, weswegen seine Fraktion sich auch gegen das Bürgerbegehren aussprechen werde. U.a. stellt er heraus, dass durch die guten Bedingungen, u.a. durch die bes-

sere finanzielle Ausstattung, die mit der Sekundarschule geboten würden, die schwächeren Schüler besser gefördert werden könnten und dass durch die geplante Zusammenarbeit mit dem Gymnasium sich große Chancen für die Schüler ergäben. Seine Fraktion bedaure, dass eine Mitarbeit der Vertreter der Realschule am Schulentwicklungskonzept nicht stattgefunden habe.

Der Sprecher der CDU-Fraktion beglückwünscht die Bürgerinitiative zum Zustandekommen des Bürgerbegehrens. Er beantragt über die Punkte 1 und 2 und 3 und 4 jeweils gesondert zu beschließen. Sodann zählt er die Gründe auf, wonach seine Fraktion weiterhin an dem Erhalt der Realschule festhalte. Er bemängelt zudem die Auswertungskriterien des Elternfragebogens und wirft der Verwaltung Fehler vor, dass die Realschule sich nicht an dem Prozess der Schulentwicklungsplanung beteiligt habe. Bezüglich des im Landtag beschlossenen Schulkonsenses erklärt er, dass dieser nach Auffassung der CDU-Fraktion im Monheimer Stadtrat nicht beinhalte, dass eine gut funktionierende Realschule gegen den Willen der dortigen Eltern- und Lehrerschaft und einen weiteren Teil der Elternschaft geschlossen werden solle. Auch deshalb werde seine Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen, sondern plädiere dafür, dem Bürgerbegehren beizutreten.

An die durch die Fraktionen vorgestellten Positionen schließt sich eine kontrovers geführte Diskussion an, in der verschiedene Sprecher der Fraktion nochmals ihre Meinung zum Für und Wider des Bürgerbegehrens „Erhalt der Lise-Meitner-Realschule“ zum Ausdruck bringen.

Abschließend stellt der Bürgermeister nochmals den Werdegang und das Verfahren, welches sich durch den Wegfall der Hauptschule ergeben hat, dar. Er stellt klar, dass ein Konsens unter der Bedingung, dass sich an der Realschule nichts ändere, nicht möglich sei. Nochmals stellt er heraus, dass alle Versuche mit der Realschule gemeinsam zu arbeiten gescheitert seien. Ergänzend weist er noch darauf hin, dass die Arbeitsgruppe zum pädagogischen Konzept die Mitarbeit und Beteiligung der Realschule wünsche.

Im weiteren Verlauf der Diskussion stellt der Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen heraus, dass es bei der Entscheidung nicht darum gehe, die Realschule zugunsten einer anderen Schulform aufzulösen, sondern die Hauptschüler, die in Monheim wegen Wegfalls der Hauptschule nicht mehr beschult werden könnten, in die Monheimer Schullandschaft zu integrieren.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass als gravierend für die Einrichtung einer Sekundarschule immer der Elternwille angeführt werde. Dafür sei die durchgeführte Elternbefragung jedoch nicht ausreichend repräsentativ.

Er greift nochmals das Thema zum Anmeldeverfahren an der Peter-Ustinov-Gesamtschule (PUG) auf und nimmt dabei Bezug auf das vorgelegte Gutachten der Sozietät Patt Rechtsanwälte. Er zweifelt die Neutralität an, da dieses durch die Verwaltung in Auftrag gegeben und bezahlt wurde. Er stellt die Behauptung auf, dass das Problem der Monheimer Hauptschüler gelöst werden könne, wenn diese an der PUG aufgenommen und nicht zugunsten Schüler umliegender Gemeinden zurückgewiesen würden. Damit könne erreicht werden, eine gut funktionierende Schulform (Realschule) aufzugeben. Er erklärt, dass er sich für den Bürgerentscheid ausspreche, damit sich eine breite Masse aus der Bevölkerung zu der Frage

„Erhalt der Lise-Meitner-Realschule“ äußere. Außerdem schlägt er vor, das praktizierte Anmeldeverfahren der PUG durch einen neutralen Sachverständigen überprüfen zu lassen, um evtl. andere Möglichkeiten in Erfahrung zu bringen und damit die Monheimer Schüler, die zugunsten auswärtiger Schüler abgewiesen würden, an die Gesamtschule aufzunehmen.

Der Bürgermeister entgegnet auf die Vorwürfe seines Vorredners und stellt abschließend fest, dass ausschließlich die Schulleitung über die Aufnahme eines Schülers entscheide und nicht der Schulträger.

Ratsherr Goldmann - CDU-Fraktion – meldet sich mit dem Geschäftsordnungsantrag „Beendigung des Tagesordnungspunktes“ (*sicher „Schluss der Rednerliste“*) zu Wort.

Der Bürgermeister stellt fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen und sich deshalb eine Abstimmung über diesen Geschäftsordnungsantrag erübrige.

Er stellt anschließend den Beschlussvorschlag, getrennt nach den einzelnen Unterpunkten, zur Abstimmung.

Beschluss

1. Es wird festgestellt, dass das Bürgerbegehren mit der Fragestellung „*Soll die Lise-Meitner-Realschule (LMR) am Berliner Ring in ihrer jetzigen Schulform als eigenständige Realschule erhalten bleiben?*“ zulässig ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Der Rat nimmt die Erläuterungen der Vertreter des Bürgerbegehrens gem. § 26 Abs. 6 Satz 5 Gemeindeordnung NRW zur Kenntnis.

Die Erläuterungen werden zur Kenntnis genommen.

3. Dem Bürgerbegehren mit der Fragestellung „*Soll die Lise-Meitner-Realschule (LMR) am Berliner Ring in ihrer jetzigen Schulform als eigenständige Realschule erhalten bleiben?*“ wird nicht entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen 9 PETO, 7 SPD, 3 FDP, 2 B90/Die Grünen, 1 Frau Friedrich, 1 BM
8 Nein-Stimmen CDU

mehrheitlich angenommen

4. Der Termin für den Bürgerentscheid über die Fragestellung „*Soll die Lise-Meitner-Realschule (LMR) am Berliner Ring in ihrer jetzigen Schulform als eigenständige Realschule erhalten bleiben?*“ wird auf **Sonntag, den 13.11.2011** festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Nach der Abstimmung erklärt der Bürgermeister, dass geplant sei, sich mit den Vertretern der im Rat vertretenen Fraktionen und den Vertretern des Bürgerbegehrens zu einem Abstimmungsgespräch zu treffen, um sich über einige Formalitäten hinsichtlich der Durchführung des Bürgerentscheides zu verständigen. Für dieses Gespräch sei der 04.10.2011, 18:00 Uhr, vorgesehen. Die bereits vorbereiteten Einladungen würden heute an die Fraktionsvorsitzenden und an die anwesenden Vertreter der Bürgerinitiative verteilt.

Am Ende dieses Tagesordnungspunktes bedankt sich der Bürgermeister bei den Vertretern der Bürgerinitiative und allen weiteren Zuhörern, dass sie der insgesamt sachlich geführten Diskussion gefolgt seien und lädt gleichzeitig zur Ergebnismitteilung über den Bürgerentscheid am 13.11.2011 ab 18:00 Uhr in den Ratssaal ein.

5 Mündliche Mitteilungen

5.1 Einladung zur Besichtigung des Chemieparks in Dormagen am 19.10.2011

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Firma Currenta, Betreiberin des CHEMPARK in Dormagen, in dem eine neue TDI-Anlage errichtet werden soll, den Monheimer Stadtrat zu einer Besichtigung einladen möchte. Hierbei solle die bereits existierende TDI-Anlage vorgestellt werden. Als Termin sei der 19. Oktober 2011 vorgesehen. Die schriftliche Einladung werde in den nächsten Tagen an die Ratsmitglieder versandt.

6 Mündliche Anfragen

Es liegen keine mündlichen Anfragen vor.

Der Bürgermeister schließt die Ratssitzung und erklärt, dass vor Eintritt in die anschließende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine Pause von 10 Minuten stattfindet.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin